

Die Polymerwaffenpanik von 1986

Wie die Waffengegner den Kongress fast dazu gebracht haben, Millionen normaler Waffen zu verbieten¹

Von [David Kopel](#) | 7. August 2018

Haben Sie schon von der „nicht erkennbaren Plastikwaffe²“ gehört? Die Waffenkontrolllobby nennt sie „maßgeschneidert für den Terrorismus“. Die *Washington Post* berichtet, dass ein staatlicher Unterstützer von Terrorismus bereits versucht, diese Waffen zu erwerben. Ein Kolumnist der *Post* warnt, dass sich die Polizei „vehement gegen die Einführung von Plastikwaffen in unsere bewaffnete Gesellschaft wehrt“. *Newsweek* prophezeit der NRA einen Aufstand der Mitglieder, weil sie sich gegen ein Gesetz zum Verbot von Plastikwaffen ausspricht: „Diesmal könnte sich die Waffenlobby selbst ins Bein geschossen haben.“

Das oben Gesagte gehört nicht zu den Tagesmeldungen von heute. Es sind die Neuigkeiten von 1985 bis 1988, den Jahren der ersten Polymerwaffenpanik. Die vermeintliche „Plastikwaffe“ war die Glock-Pistole, die mehr als ein Pfund Metall enthält und von Metall-detektoren leicht erkannt wird.

Heute besitzen Millionen von Amerikanern Glock-Pistolen und sie sind weithin bekannt als die gängigsten und gewöhnlichsten Kurzwaffen. Doch 1985 war die Glock brandneu und die Waffenkontrolllobbys fanden eine brandneue Gelegenheit, die amerikanische Öffentlichkeit in Angst und Schrecken zu versetzen. Viele Politiker und ein Großteil der Presse griffen die Panik eifrig auf. Der Kongress war kurz davor, ein weitreichendes Waffenverbot zu verhängen.

Dieser Artikel erzählt die Geschichte der ersten Plastikwaffenpanik.

Die Ursprünge der ersten Kunststoffpistole

1963 gründete Gaston Glock, ein österreichischer Ingenieur, die Firma Glock. Die Glock-Fabrik lag in der Nähe von Wien, in Deutsch-Wagram. Sie stellte Produkte aus Kunststoff und Stahl her, darunter auch Gardinenringe. Nachdem man Kompetenz bei Produkten, die Kunststoff und Stahl kombinieren entwickelt hatte, wurde Glock zum Lieferanten der österreichischen Armee für Feldmesser, Maschinengewehrgurte, Übungshandgranaten, Kunststoffclips und Schanzwerkzeugen.

In den frühen 1980er Jahren forderte das österreichische Bundesheer eine Vielzahl von Herstellern auf, Angebote für die Herstellung einer neuen Dienstpistole abzugeben. Ob-

¹ Die Fußnoten stammen vom Übersetzer, die Links im Text vom Verfasser.

² Im deutschen Sprachraum spricht man vornehm von „Polymerwaffen“. Die Amerikaner sind da recht prosaisch. Sie sprechen von „plastic guns“, also „Plastikwaffen“.

wohl Glock noch nie zuvor Schusswaffen gebaut hatte, wurde das Unternehmen zur Abgabe eines Angebots eingeladen. Glock erhielt den Zuschlag für die spätere Pistole Glock 17. Die Glock war die erste Kurzwaffe, bei der in großem Umfang Kunststoff eingesetzt wurde. (Kunststoffe in Waffen wurden erstmals 1959 in der [Remington Nylon 66](#) verwendet).

Die meisten Teile der Glock 17 waren nach wie vor aus Metall: der Schlitten, der Lauf, die Abzugseinheit, die Magazine und so weiter. Aber das Griffstück wurde aus Kunststoffpolymeren hergestellt. Das Griffstück ist der größte Teil der Waffe; es ist die Basis, auf der alle anderen Teile montiert sind. Das Kunststoffgriffstück der Glock hatte nur 14 % des Gewichts eines Stahlgriffstücks, war aber trotzdem stabiler.

Das stabilere Griffstück trug dazu bei, dass die Waffe den Rückstoß besser absorbierte, was die Präzision und den Komfort für den Benutzer verbesserte. Durch das viel leichtere Griffstück war die Glock auch angenehmer zu führen, auch über einen längeren Zeitraum hinweg.

Auch ohne den Kunststoff wäre die Glock eine große Innovation gewesen. Niemand hatte je eine moderne Pistole in voller Größe mit so wenigen Teilen gebaut. Es war leicht, die Glock zum Reinigen zu zerlegen und wieder zusammensetzen. Im Vergleich zu anderen Pistolen jener Zeit führte mangelnde Reinigung bei ihr seltener zu Ladehemmungen oder einem andern Versagen. Die Pistole war außerdem äußerst robust und selbst nach tausenden von Schüssen resistent gegen Risse oder andere Schäden.

Nachdem die Glock 17 in Österreich vom Militär und den Strafverfolgungsbehörden übernommen worden war, begann sie, weltweit einen Markt zu finden. Norwegen war das erste NATO-Land, das sie einführte. 1985 eröffnete Glock ein Vertriebsbüro in Smyrna, Georgia, das erste von mehreren Glock-Büros in der ganzen Welt.

Wie in Paul M. Barretts Buch *Glock: The Rise of America's Gun* erläutert, zielte das Unternehmen mit seinen ersten Werbekampagnen auf den Markt der Strafverfolgungsbehörden ab. Das geringe Gewicht und andere Verbesserungen machten die Waffe für Polizisten und Sheriffs naturgemäß attraktiv. Und Glock bot den einführenden Behörden sehr großzügige Bedingungen, einschließlich des Kaufs der früheren Dienstwaffen der Behörden.

Als die Strafverfolgungsbehörden die Glock einführten, konnten die Bürger sehen, dass die neomodischen „Plastik“-Waffen für die rechtmäßige Verteidigung ihrer selbst und anderer zuverlässig und effektiv waren. Die rechtmäßige Verteidigung ist der einzige Grund, warum Gesetzeshüter Schusswaffen tragen. Die amerikanischen Bürger haben sich schon immer an den Ordnungshütern ein Beispiel genommen für geeignete Waffen zur Wahrung des Friedens. Das galt bereits für den „Peacemaker“-Revolver von Colt aus dem Jahr 1873 und mehr als ein Jahrhundert später für die Glocks.

1986 schlug die Washington Post Alarm wegen Plastikwaffen

„Gaddafi kauft österreichische Plastikpistole.“ So lautete die Schlagzeile der Kolumnisten Jack Anderson und Dale Van Atta in der Washington Post vom 15. Januar 1986. In dem Artikel hieß es: „Die Libyer sollen versuchen, sich diese Waffen mit verdeckten Methoden zu beschaffen.“

Heute sind Glocks allgegenwärtig, sie gehören zu den am weitesten verbreiteten Pistolen und es gibt viele Modelle. Aber im Januar 1986 waren sie in Amerika kaum bekannt, wo erst ein paar tausend Stück verkauft worden waren.

Schnell begannen die Verbände der Waffengegner, die Amerikaner vor der „Plastikpistole“ zu warnen. Sie nannten sie „Terrorist Specials“ oder „Hijackers Special“³. Angeblich war diese Plastikpistole so konstruiert, dass sie durch Metalldetektoren geschmuggelt werden konnte.

Regierungsexperten erklären, dass die Glock – wie alle anderen Kurzwaffen – leicht zu entdecken ist

Phillip McGuire hat vor dem Kongress im Namen des Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms⁴ Stellung genommen. McGuire war nicht gerade ein Gegner von Waffenkontrolle. Später übernahm er einen Posten bei der damals führenden Organisation für Waffenkontrolle, Handgun Control, Inc.⁵ McGuire sagte vor dem Kongress folgendes:

Wir haben noch immer keine Beweise dafür, dass es eine Schusswaffe gibt, die von Natur aus in der Lage ist, herkömmliche Röntgen- und Metalldetektorsysteme unentdeckt zu passieren, oder dass eine solche mit den uns derzeit zur Verfügung stehenden Technologien hergestellt werden kann.

Stellungnahme von Phillip C. McGuire, stellvertretender Direktor der Abteilung für Strafverfolgung im Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms vor dem Justizausschuss des Senats⁶, Unterausschuss für die Verfassung, 28. Juli 1987.

3 Die beiden Begriffe sind (wohl) eine Anspielung auf die berüchtigten „Saturday Night Specials“, eine amerikanische Kurzwaffengattung, die bis heute einen besonders schlechten Ruf hat und über die Adam Winkler in *Gunfight* (S. 252, Kindle-Ausgabe) schreibt: „Dies war die pauschale Bezeichnung, die die Polizei von Detroit zuerst für kleine, billige und minderwertige Kurzwaffen benutzte, die oft mit Jugendkriminalität in Verbindung gebracht wurden, welche an den Wochenenden in die Höhe schoss.“ Weitere Informationen gibt es hier: https://en.wikipedia.org/wiki/Saturday_night_special.

4 Das Bureau of Alcohol, Tobacco, Firearms and Explosives (ATF, deutsch Amt für Alkohol, Tabak, Schusswaffen und Sprengstoffe) ist eine Bundespolizeibehörde, die dem US-Justizministerium unterstellt ist. Zu den größten Skandalen dieser Behörde gehören das Massaker von Waco und die Operation Fast and Furious.

5 „Handgun Control, Inc.“ heißt heute „Brady: United Against Gun Violence“ oder kurz „Brady“. Brady ist eine der wichtigsten Anti-Waffenorganisationen in den USA. Sie ist benannt nach James Brady, der durch das Attentat auf Ronald Reagan im Jahr 1981 für immer behindert wurde, und Sarah Brady, die von 1989 bis 2012 eine führende Rolle in der Organisation hatte. Der Name der Organisation hat sich mehrfach geändert: Handgun Control, Inc. (1980 bis 2000), Brady Campaign to Prevent Gun Violence und Brady Center to Prevent Gun Violence. Vgl. https://en.wikipedia.org/wiki/Brady_Campaign.

6 Der [United States Senate Committee on the Judiciary](#) ist ein wichtiger und einflussreicher Ausschuss.

Bei derselben Anhörung sagte Raymond A. Salazar, Direktor für Sicherheit in der Zivilluftfahrt bei der Bundesluftfahrtverwaltung (Federal Aviation Administration) aus: „Uns ist derzeit keine ‚nicht-metallische‘ Feuerwaffe bekannt, die mit den heutigen Technologien und Methoden, die auf unseren Flughäfen eingesetzt werden, nicht hinreichend aufgespürt werden kann.“

Der FAA-Direktor für Sicherheit in der Zivilluftfahrt, Billie Vincent, sagte dem Kongress: „Trotz einer relativ weit verbreiteten gegenteiligen Vorstellung gibt es derzeit keine nicht-metallische Feuerwaffe, die mit der gegenwärtigen Technologie und den Methoden, die auf unseren Flughäfen eingesetzt werden, nicht einigermaßen gut aufgespürt werden kann, und meines Wissens steht auch niemand an der Schwelle zur Entwicklung einer solchen Schusswaffe.“

Dem Kongress wurden Fotos von Glocks unter einem Metalldetektor gezeigt, auf denen das Profil der Glock leicht zu erkennen war. Selbst wenn die Glocks zerlegt wurden, waren die Teile auf den Fotos leicht zu erkennen.

Senator Metzenbaums Waffenverbot gewinnt an Schwung

In den späten 1980er Jahren war Howard Metzenbaum (D, Ohio) der führende Vertreter von Waffenkontrolle im Senat. Bei den Wahlen im November 1986 gewannen die Demokraten die Kontrolle über den US-Senat, und Joe Biden (D, Delaware) wurde der neue Vorsitzende des Justizausschusses des Senats. Durch diesen Parteiwechsel verbesserten sich die Aussichten stark, dass Gesetzesvorlagen zur Waffenkontrolle im Ausschuss angehört und zur Abstimmung ins Plenum gebracht wurden.

Im Februar 1987 brachte Senator Metzenbaum einen Gesetzesentwurf ein, der alle Waffen mit einem Stahlgehalt von weniger als 8,5 Unzen (241 Gramm) verbieten sollte, da solche Waffen angeblich Metalldetektoren problemlos passieren könnten. (Der ursprüngliche Gesetzesentwurf ist im *Congressional Record* vom 4. Februar 1987 auf Seite S1792 zu finden. Die Thomas-Website der Library of Congress verfügt nicht über die vollständigen Texte der Gesetzesentwürfe aus dieser Zeit.) Der ursprüngliche Gesetzesentwurf von Metzenbaum hätte es den Besitzern mittels Besitzstandsklausel erlaubt, diese zu behalten, aber nicht sie zu verkaufen oder zu übertragen. Nach dem Tod eines Besitzers mit Bestandschutz wären die Erben also sofort zu unrechtmäßigen Besitzern von illegalen Gegenständen geworden.

Der Gesetzesentwurf von Metzenbaum sah kein Verbot der Glock vor, die 19 Unzen Stahl enthält. Die Glock wurde von den Strafverfolgungsbehörden in immer schnellerem Tempo eingeführt. Die Behauptung, dass es sich bei diesen Pistolen der Strafverfolgungsbehörden um „Terrorist Specials“ handelte, war nicht mehr plausibel.

Stattdessen verbot der Metzenbaum-Entwurf viele kleine Kurzwaffen. Auch hier hatte das BATF⁷ ausgesagt, dass diese ebenfalls leicht aufzuspüren seien. Nach Angaben der NRA (*American Rifleman*⁸, Jan. 1988) umfasste die Metzenbaum-Vorlage viele Derringer (bis Kaliber .38) sowie Kurzwaffen der Kaliber .22 und .25 von Firmen wie Beretta, Colt, North American Arms, Raven Arms, Rossi, Smith & Wesson, Stevens und Walther.

Die Verwendung des Begriffs „Stahl“ anstelle von „Metall“ im Gesetzentwurf für das Mindestgewicht machte einen großen Unterschied. Für viele Waffen werden Zink oder Aluminium in Legierungen verwendet. Die 369 Gramm (dreizehn Unzen) schwere [Raven-Pistole](#) Kaliber .25 wurde aus einer Zinklegierung hergestellt und bestand nur aus 3,2 Unzen reinem Stahl. In ähnlicher Weise wog die [Beretta 950](#) über neun Unzen, aber das Griffstück bestand aus einer Aluminiumlegierung, so dass das Stahlgewicht der Pistole weniger als 8 1/2 Unzen betrug. Kleine Kurzwaffen waren lange Zeit ein Angriffsziel der Waffenkontrolllobbys gewesen. Die Lobbys waren nicht in der Lage gewesen, solche Waffen landesweit zu [verbieten](#), indem sie sie als „Saturday Night Specials“ bezeichneten. Nun sollten kleine Kurzwaffen erneut verboten werden – angeblich, weil sie etwas mit dem Hype um „Plastikpistolen“ zu tun hatten.

Andere Kurzwaffen, darunter auch historische Modelle, hatten Griffstücke aus Eisen, Messing, Bronze und nicht aus Stahl. Auch sie waren für das Verbot vorgesehen.

Anfang Dezember 1987 versuchte Metzenbaum, seine Gesetzesvorlage mit einem Gesetzentwurf zur Erhöhung der Hilfen für Veteranen zu verbinden. Er scheiterte knapp mit 44 zu 47 Stimmen (zwei nicht anwesende Senatoren mitgezählt, die aber erklärten, sie hätten für den Gesetzentwurf gestimmt).

Senator Howard Metzenbaum fand einen mächtigen Mitstreiter für sein Waffenverbot: Der Republikaner Strom Thurmond⁹ aus South Carolina. Thurmond war das ranghöchste Mitglied des Justizausschusses des Senats. Er war 1948 erstmals landesweit bekannt geworden, als er die Demokratische Partei verließ und als „Dixiecrat“¹⁰ für das Präsidentenamt kandidierte. Thurmond und seine Anhänger [wandten sich gegen das Bürgerrechtsthema im Parteiprogramm](#), das vom Bürgermeister von Minneapolis (und späteren Vizepräsidenten) Hubert Humphrey angeführt worden war.

Thurmond hatte eine lange Karriere als Gouverneur und Senator von South Carolina. Im Jahr 1964 wechselte er zu den Republikanern. Er war das Gegenteil eines liberalen Denkers und ein häufiger Befürworter von Gesetzen, die nach Ansicht von Gegnern einen Großteil der Bill of Rights verletzen.

7 BATF ist ein anderes Kürzel für das Bureau of Alcohol, Tobacco, Firearms and Explosives (ATF), s.o.

8 Der American Rifleman ist die wichtigste Zeitschrift der NRA und gehört zu den meistgelesenen Zeitungen in den USA. Er feiert dieses Jahr (2023) seinen hundertsten Geburtstag.

9 Thurmond hat einen ungewöhnlichen Lebenslauf. So schied er z.B. erst mit 100 (!) Jahren aus dem US-Senat aus. Näheres hier: https://de.wikipedia.org/wiki/Strom_Thurmond.

10 Die Dixiecrats hatten sich Ende der 1940er von der Demokratischen Partei abgespalten, weil sie ihnen zu liberal geworden war. Näheres, auch zur Herkunft der Bezeichnung, findet man hier: <https://de.wikipedia.org/wiki/Dixiecrat>.

Da Thurmond aus South Carolina stammte, stimmte er manchmal „pro Waffen“. Später jedoch, in der ersten Bush-Regierung (1989-92), übernahm Thurmond die Führung bei der Unterstützung von Vorschlägen der Regierung zur Waffenkontrolle, selbst dann, wenn die meisten anderen republikanischen Senatoren sich weigerten, mitzumachen. Ein Bush-Thurmond-Thema war beispielsweise ein Gesetz zur gleichzeitigen Abschaffung der Exclusionary Rule¹¹ und zur Verschärfung der Waffenkontrolle.

Im Repräsentantenhaus hatte der führende Verfechter von Waffenkontrolle Mario Biaggi (D, Bronx, später wegen schwerer Korruption inhaftiert) einen noch ehrgeizigeren Vorschlag für „Plastikwaffen“. Er plädierte für ein Verbot aller Feuerwaffen, die „in beträchtlichem Maße aus Kunststoff oder einem anderen nichtmetallischen Material bestehen“. Dies würde alle Langwaffen betreffen, da ihre Schäfte aus Holz oder Kunststoff und nicht aus Metall bestehen. McGuire vom ATF sagte aus, dass die Definition von Biaggi „fast alle im Handel befindlichen Büchsen und Flinten und fast alle Kurzwaffen mit übergroßen Griffen aus Gummi, Holz oder Kunststoff umfasst“.

Obwohl die Biaggi-Idee nicht vorankam, machte Metzner Fortschritte. Sogar das Justizministerium unter Reagan war bereit, ein „Plastik“-Waffenverbot zu unterstützen. Nur die Intervention von Vizepräsident Bush (der für das Präsidentenamt kandidierte und die Unterstützung von Waffenbesitzern suchte) hielt das Justizministerium auf. Die „Plastikwaffen“-Panik von 1986 war von den Befürwortern der Waffenkontrolle so gut kultiviert worden, dass sie den Schwung immer noch nutzen konnten, um etwas zu verbieten, das als „unaufspürbar“ bezeichnet werden konnte.

Der Kongress verabschiedet den Undetectable Firearms Act (UFA)¹²

Angesichts der offensichtlichen Notwendigkeit, „etwas zu tun“, hatten Abgeordnete und Senatoren, die für die Rechte der Waffenbesitzer eintraten, alternative Gesetzesvorschläge gemacht. Der Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus, Thomas Foley (D, Spokane, Washington), brachte H.R. 4014 ein, das Gesetz zum Aufspüren von Schusswaffen von 1988. Es fand 95 Mitunterzeichner, von denen vor allem der Abgeordnete John Dingell (D, Ann Arbor, Michigan), der dem Vorstand der NRA angehörte, zu nennen ist. Im Senat wurde ein ähnlicher Gesetzesentwurf von Senator James McClure (R, Idaho) eingebracht, der im Senat federführend für den Firearms Owners Protection Act¹³ von 1986 war, einer umfassenden Reform der Waffenkontrollgesetze des Bundes.

11 Die Exclusionary Rule stärkt die Stellung des Beschuldigten im Strafprozess indem sie unter bestimmten Umständen ein Beweisverwertungsverbot gibt. Vgl. https://en.wikipedia.org/wiki/Exclusionary_rule.

12 Deutsch: Gesetz über nicht aufspürbare Schusswaffen.

13 Bei der praktischen Umsetzung des Gun Control Act (GCA) von 1968 traten zahlreiche Probleme auf. Einmal war er oft sehr unscharf formuliert und die ihn durchführenden Agenten des ATF schossen oft über das Ziel hinaus. Ausführlich hierzu: Dave Hardy: The Firearms Owners Protection Act, <https://www.nraila.org/articles/20110125/no-surrender>. Durch den FOPA wurden zahlreiche Mängel des GCA abgestellt.

Das Ergebnis war ein Kompromiss, nämlich der Undetectable Firearms Act of 1988, H.R. 4445. Sein Schirmherr war William Hughes (D, New York), Vorsitzender des Unterausschusses für Kriminalität im Repräsentantenhaus und ein führender Verfechter von Waffenkontrolle. Hughes war bereit zu verhandeln und legte einen Gesetzentwurf vor, der vom Justizausschuss des Repräsentantenhauses einstimmig unterstützt und von der NRA befürwortet wurde. Das Mindestgewicht für den Stahl wurde auf 3,7 Unzen (105 Gramm) gesenkt, die die Grundform einer Kurzwaffe haben müssen. Eine Formulierung, die dem Finanzminister einen Ermessensspielraum für das Verbot von Waffen eingeräumt hätte, wurde gestrichen. Die industrielle Forschung an Prototypen wurde geschützt. In der verabschiedeten Fassung verbot das Gesetz keine jemals hergestellte Feuerwaffe, einschließlich der Glock. Das Gesetz ist in 18 U.S. Code section 922(p) kodifiziert.

Defense Distributed und der UFA

Das texanische Unternehmen Defense Distributed¹⁴ hat Dateien für die Herstellung einer einschüssigen Pistole aus Kunststoff erstellt, die sie als „Liberator“-Pistole bezeichnet. Sie ist nach einer einschüssigen [Liberator-Pistole](#) benannt, die von den Vereinigten Staaten während des Zweiten Weltkriegs an Nazi-Widerstandsgruppen in Europa verteilt wurde. Die Pistole kann mit einem 3D-Drucker in Heimarbeit hergestellt werden. Der Liberator entspricht dem UFA-Gesetz und enthält die gesetzlich vorgeschriebene Menge an Metall mit dem Profil einer Kurzwaffe. In einem früheren Rechtsstreit mit Defense Distributed hat das US-Außenministerium ausdrücklich eingeräumt, dass der Liberator den Bestimmungen des UFA entspricht.

Bei den meisten Dateien von Defense Distributed handelt es sich um Anleitungen, wie man zu Hause mit einer Fräsmaschine konventionelle Feuerwaffen aus Metall herstellen kann. Es handelt sich um Dateien, mit denen Metallrohlinge für die Herstellung des Colt 1911 (Pistole, benannt nach dem Jahr ihrer Einführung), des Ruger 10-22 (Gewehr im Kaliber .22, eingeführt 1964), des AR-15 (eingeführt 1965), des AR-10 (1956), des vz. 58 (tschechisches Gewehr, 1958) und der Beretta 92FS (Pistole, 1976) zugeschnitten werden. Der [nichtkommerzielle, Anm. d. Übers.] Eigenbau von Feuerwaffen war in den Vereinigten Staaten schon immer legal und wird seit dem frühen 16. Jahrhundert praktiziert.

Die Dateien von Defense Distributed enthalten jedoch SLDPRT- und SLDASM-Dateien für AR-15-Teile, einschließlich des Lower Receivers. Diese Dateien werden für die Erstellung von Anweisungen für den 3D-Druck verwendet. Sie können die Dateien selbst unter <https://www.codeisfreespeech.com/> einsehen. Diese Website wird von einer Koalition kalifornischer Gruppen für das Second Amendment betrieben. Die einstweilige Verfügung, die vom Bundesbezirksgericht des westlichen Bezirks von Washington erlassen wurde, hindert das US-Außenministerium lediglich daran, Defense Distributed eine Lizenz für den Export dieser Dateien zu erteilen. Die US-Regierung hat nie behauptet, dass sie rechtlich

¹⁴ Defense Distributed ist eine Online-Open-Source-Hardware-Organisation, die digitale Baupläne von Waffen als CAD-Dateien oder „Wiki-Waffen“ entwickelt, die aus dem Internet heruntergeladen und in 3D-Druck- oder CNC-Fräsanwendungen verwendet werden können.

Vgl. https://en.wikipedia.org/wiki/Defense_Distributed.

befugt ist, die Verbreitung der Dateien innerhalb der USA an US-Bürger zu verhindern. Selbst wenn die Website von Defense Distributed morgen endgültig abgeschaltet würde, so wurden die Dateien seit ihrer ersten Veröffentlichung im Jahr 2013 hunderttausende Male heruntergeladen und weitergegeben.

Die Folgen der Debatte über Plastikwaffen 1986-88 und ihre Nachwirkungen

Der demokratische Senator von Massachusetts, Edward Kennedy, ein entschiedener Waffengegner, hatte erklärt, dass das Thema „Plastikwaffen“ eine Gelegenheit sei, „die Debatte über die Kontrolle von Kurz Waffen wieder auf den richtigen Weg zu bringen“. In der Tat konnten die Waffenkontrolllobbys 1988 ihren Mitgliedern zu Recht mitteilen, dass sie in der Tat ein Gesetz durchgebracht hatten. Das Gesetz war das erste Mal, dass der Kongress tatsächlich für das Verbot eines Waffentyps gestimmt hatte – wenn auch eines Typs, den es nicht gab und nie gegeben hatte.

Das Gesetz von 1988 bildete die Grundlage für das 1994 vom Kongress beschlossene Verbot von „Sturmwaffen“¹⁵. Die Gesetzentwürfe von 1988 und 1994 waren vom Konzept her sehr unterschiedlich. Doch die Waffenkontrolllobbys wussten, dass die Abstimmung über ein Verbot von Dingen, die nicht existieren, ein Tor zum Verbot von Dingen sein kann, die existieren.

Der demokratische Senator von Nebraska, James Exon, hatte beispielsweise im Allgemeinen ein Abstimmungsverhalten zugunsten des Second Amendments. Im November 1993 erklärte er jedoch im Plenum des Senats, warum er das Verbot von „Sturmwaffen“ der Senatorin Feinstein unterstützte:

Diejenigen, die schon lange genug hier sind, werden sich wahrscheinlich an das Problem mit den Plastikpistolen erinnern. Plastikpistolen wurden sehr alltäglich. Es handelte sich um Waffen, die sehr leicht durch jedes Überwachungsgerät geschmuggelt werden konnten, z. B. auf einem Flughafen oder in jeder anderen öffentlichen Einrichtung, in der es bestimmte Vorschriften und Geräte gibt, um Waffen aufzuspüren.

Ich habe mich in dieser Frage mit der NRA angelegt, und wir konnten das Problem schließlich lösen, indem wir die Plastikwaffen nicht verboten, sondern gesetzlich vorge-schrieben haben, dass die Waffen für die Überwachungsgeräte an öffentlichen Orten nicht mehr unsichtbar sein dürfen, weil sie etwas haben mussten, das auf dem Bildschirm angezeigt wird, der die Kontrolle durchführt, wenn wir zum Beispiel die Sicherheitskontrolle am Flughafen passieren.

Congressional Record, vol. 139, No. 156–part II, Nov. 9, 1993.

Der Hauptinitiator der Plastikwaffenpanik von 1986 war Handgun Control, Inc. Im Jahr 2001 änderte die Gruppe ihren Namen in „Brady Campaign“, da sie zu spät erkannte, dass viele Amerikaner skeptisch reagierten, wenn sie kontrolliert wurden. Statt von „Waffenkon-

¹⁵ Sog. „assault weapons“, d.h. militärisch *aussehende* Halbautomaten.

trolle“ spricht die Organisation nun von „Waffensicherheit“. Ein Verantwortlicher des waffenfeindlichen „[Million Mom March](#)“, der später von der Brady-Gruppe übernommen wurde, erklärte: „Die Änderung des Namens von Handgun Control zu Brady Campaign wird sich positiv auswirken, zumal diese Organisation ein Schlüsselakteur im Kampf gegen die mächtige Waffenlobby ist. Das Wort ‚Kontrolle‘ suggerierte, dass die Befürworter von Waffensicherheit die Kontrolle über die Waffenrechtsaktivisten haben wollten, indem sie deren Recht auf das Tragen von Waffen nach dem Second Amendment einschränken. Dies könnte nicht weiter von der Wahrheit entfernt sein.“ Karie Stakem, Letter to the Editor, "Gun 'Control' Isn't Our Aim – Just Gun Safety," *Virginian-Pilot & Ledger Star*, 29. Juni 2001, at B10, available at 2001 WLNR 2096578.

Der Name mag sich geändert haben, aber die Grundsätze sind dieselben geblieben. In einem Amicus¹⁶-Schriftsatz aus dem Jahr 2016, in dem die vorangegangene Beschränkung des US-Außenministeriums gegenüber dem Unternehmen Defense Distributed, das Daten zur Waffenherstellung ins Internet stellt, unterstützt wird, weist der Brady-Schriftsatz auf Folgendes hin: „Der UFA wurde zum Teil als Reaktion auf Berichte verabschiedet, wonach der damalige libysche Diktator Muammar Qaddafi dabei war, mehr als 100 Kurz Waffen aus Kunststoff zu kaufen, die für die Flughafenkontrolle schwer zu erkennen sein würden. Jack Anderson, Dale Van Atta, Qaddafi Buying Austrian Plastic Pistols, *The Washington Post*, Jan 15, 1986.“ Brady Center amicus brief, *Defense Distributed v. United States Department of State*, 2016 WL 704978 (5th Cir. 2016).

Die Worte im Brady-Schriftsatz waren buchstäblich wahr – obwohl ein ehrlicherer Amicus das Gericht vielleicht darüber informiert hätte, dass die so genannten „Plastikpistolen“ von 1986 „für die Flughafensicherheit in Wirklichkeit nicht schwer zu erkennen“ waren. Ein aufrichtiger Amicus hätte auch erklären können, dass es sich bei den „Plastikpistolen“ um Glock-Pistolen handelte, die heute als gängige, durch die Verfassung geschützte Kurzwaffen anerkannt sind.

Das Gesetz von 1988 beendete die Bemühungen um ein Verwendungsverbot für Kunststoffe in Schusswaffen. Der einzige Ort, an dem Glocks verboten waren, war New York City. Dort weigerte sich die Polizei, Genehmigungen für Glock-Pistolen auszustellen. Ein Polizeisprecher „sagte, dass die Polizei die Pistole verboten habe, weil sie teilweise aus Kunststoff bestehe und elektronisch schwer zu erkennen sei“.

16 Der Amicus curiae ist ein „Freund des Gerichts“, der selbiges mit seiner Sachkunde zu unterstützen wünscht. In der Regel erfolgt das in Form eines Schriftsatz, (meist) ein Rechtsgutachten, das in einer Rechtssache eingereicht wird, weil der Einreichende, der selbst nicht Partei ist, selbst in irgendeiner Weise durch den Prozess betroffen ist. Das Gericht hat allerdings keine Pflicht, den Schriftsatz zu beachten. Der Einreichende kann also nur hoffen. Sehr instruktiv: <https://www.lto.de/recht/justiz/j/amicus-curiae-gericht-stellungnahme-dritter-einfluss-us-supreme-court/>.

Der ehemalige NYPD¹⁷-Beamte Stephen D'Andrilli betrieb jedoch ein Unternehmen, das New Yorker Bürger durch das mühsame Verfahren zur Erteilung von Waffenerlaubnissen begleitete. Als das Department den Antrag eines Klienten auf Erwerb einer Glock ablehnte, stellte D'Andrilli einen Antrag gemäß dem Freedom of Informations Act¹⁸ und entdeckte, dass [Polizeipräsident Benjamin Ward¹⁹ eine Lizenz zum Tragen einer Glock 17 besaß](#). Das Präsidium behauptete, dass das Tragen der Glock durch den Polizeichef Ward „Teil eines kontrollierten Tests“ sei. (N.Y. Times, 28. September 1988.)

Am Tag nach der Entdeckung von Wards Glock [hob das Department das Verbot für Glocks auf](#). Das Polizeipräsidium teilte mit, es sei zu dem Schluss gekommen, dass die Glock „mit der heutigen Technologie im Sicherheitsbereich tatsächlich erkannt werden kann“. Nach Angaben des Departments wäre das Glock-Verbot in der nächsten Woche aufgehoben worden; die Aufdeckung von Wards Glock habe lediglich den Zeitpunkt der Entscheidung beeinflusst. (N.Y. Times, 29. September 1988.)

D'Andrilli, der inzwischen im Ruhestand ist, betreibt eine [Website](#), die Recherchen und Unterstützung zu waffenpolitischen Themen bereitstellt und den New Yorkern Anleitungen zur Einhaltung der verwirrenden Waffengesetze des Bundesstaates bietet.

Nach 1988 fanden die Glocks bei den Leitern von Polizeibehörden und sonstigen Personen immer mehr Anklang. Bis 1999 hatte Glock in Amerika zwei Millionen Pistolen in einer Vielzahl von Kalibern und Größen verkauft.

Heute gibt es in jedem Waffengeschäft moderne Kurz- und Langwaffen vieler Hersteller, die Kunststoffpolymere verwenden. Kunststoffe sind für moderne Feuerwaffen eine ganz normale Sache. Sie machen Waffen besser für alle rechtmäßigen Zwecke, auch für die Selbstverteidigung. Pistolen in den richtigen Händen retten Leben. Bessere Waffen für die legale Verteidigung retten noch mehr Leben. Doch in den späten 1980er Jahren lösten Waffenkontrollorganisationen eine technikfeindliche Panik über lebensrettende Verbesserungen in der Waffensicherheit aus und versuchten dann, viele Schusswaffen zu verbieten, indem sie fälschlicherweise behaupteten, sie seien nicht aufzuspüren.

17 Der Artikel im deutschen Wikipedia über das New York City Police Department ist ganz interessant. Beispielsweise ist gegenwärtig die Glock 19 die Dienstwaffe der Polizei in N.Y.C. Eines der Bilder ist sogar so hoch aufgelöst, dass man die Glock der Polizistin identifizieren kann. Näheres hier: https://de.wikipedia.org/wiki/New_York_City_Police_Department.

18 Gesetz, das das Recht auf informationelle Selbstbestimmung regelt. Näheres hier: https://de.wikipedia.org/wiki/Freedom_of_Information_Act.

19 Ward wurde am 5. Januar 1984 von Bürgermeister Koch als vierunddreißigster Polizeichef der Stadt vereidigt. Er war der erste Afroamerikaner, der diese Position innehatte. Ward leitete die größte Polizeibehörde des Landes, als der Drogenkonsum (z. B. Crack) zunahm und die damit verbundene Kriminalität, einschließlich drogenbedingter Morde, stark anstieg. Ward trat am 22. Oktober 1989 als NYC Police Commissioner in den Ruhestand. Vgl. https://en.wikipedia.org/wiki/Benjamin_Ward.

Den amerikanischen Originalartikel „**The 1986 Plastic Gun Panic – How the gun control lobbies nearly tricked Congress into banning millions of ordinary guns**“ kann man hier abrufen: <https://reason.com/volokh/2018/08/07/the-1986-plastic-gun-panic/>

David Kopel ist Forschungsdirektor am Independence Institute in Denver, Colorado.

Übersetzung: März 2023